

# Schlüsselfaktoren der Demokratisierung

Mittel-/Osteuropa und Lateinamerika im Vergleich

*Martin Brusis, Peter Thiery, Centrum für angewandte Politikforschung*

Der weltweite Demokratisierungsschub seit den 80er Jahren ließ zu Recht die Hoffnung aufkeimen, dass in absehbarer Zeit die Mehrzahl der Staaten nicht mehr autokratisch regiert und so auch ein wesentlicher Baustein für den ‚demokratischen Frieden‘ im internationalen System gelegt würde. Spätestens die Ereignisse in Afghanistan und Irak haben aber erneut gezeigt, dass autoritäre Regime zwar durch militärische Gewalt relativ leicht abgelöst werden können, die angestrebten Demokratisierungsprozesse jedoch schnell ins Stocken geraten oder gar vom Scheitern bedroht sind. Auch jenseits der OECD-Welt stellt Demokratie zwar nicht die Ausnahme dar, doch weist sie in vielen Ländern nur eine magere Qualität auf wie auch viele Rückschläge zu verzeichnen sind. Vor allem im Nahen Osten, den GUS-Staaten, Afrika und Asien sind nur geringe Fortschritte zu verzeichnen. Zwei Regionen heben sich jedoch deutlich von diesem sehr ambivalenten Szenario ab, nämlich Mittel-/Osteuropa und Lateinamerika. Welche Lehren lassen sich daraus für anstehende und zukünftige Demokratisierungsprozesse ziehen, welche Faktoren sind für die Erfolge, Verzögerungen und Misserfolge verantwortlich?

## 1. Demokratiequalität in Osteuropa und Lateinamerika

Mittel- und Osteuropa (MOE) bezeichnet eine Weltregion, die in ihrer historischen Entwicklung westeuropäischen, russisch-asiatischen und osmanischen Einflüssen ausgesetzt war und in ihren Grenzen aufgrund verspäteter Nationalstaatsbildungen und wechselnder territorialer Zugehörigkeiten unscharf geblieben ist. Innerhalb der 15 Länder umfassenden Region lassen sich eine südosteuropäische, eine ostmitteleuropäische und eine baltische Teilregion ausmachen, deren Demokratisierungspfade und heutige Konsolidierungsniveaus voneinander abweichen.<sup>1</sup>

Alle diese Länder haben seit 1989/90 große Fortschritte beim Aufbau stabiler und funktionierender Demokratien aufzuweisen. In der Mehrzahl der mittel- und osteuropäischen Länder besteht heute Klarheit über die nationale Staatlichkeit, und staatliche Machtstrukturen sind nicht nur etabliert, sondern auch hinreichend differenziert. Damit sind wesentliche Bedingungen für das Funktionieren demokratischer Prozesse gegeben. In allen Ländern der Region bestimmt die Bevölkerung die Herrschaftsträger in freien und fairen Wahlen und verfügt über die für eine Demokratie grundlegenden politischen Freiheitsrechte. Während aber die ostmitteleuropäischen Länder rechtsstaatliche Grundprinzipien trotz großer Korruptionsprobleme insgesamt gewährleisten,

sind die Defizite der südosteuropäischen Länder hier deutlicher ausgeprägt. Dies betrifft nicht nur die Ahndung des Amtsmissbrauchs von Mandatsträgern, sondern auch die Gewaltenteilung und die Geltendmachung von bürgerlichen Freiheitsrechten. In den ostmitteleuropäischen Ländern sind die demokratischen Institutionen hinreichend akzeptiert und leistungsfähig, auch wenn es noch immer zu Reibungsverlusten im Zusammenwirken der Institutionen kommt. In Südosteuropa dagegen sind die Effizienz und Funktionsfähigkeit der demokratischen Institutionen stärker beeinträchtigt, und in Bosnien-Herzegowina, Serbien-Montenegro (Kosovo) sowie Makedonien akzeptieren starke Veto-Akteure nicht die grundlegenden staatlichen Institutionen infolge der ethnopolitischen Konflikte in diesen Ländern. Alle mittel- und osteuropäischen Länder lassen noch Defizite in der Konsolidierung von Interessenrepräsentation und Bürgerkultur erkennen. In keinem der Länder findet man ein gesellschaftlich verankertes Parteiensystem im Sinne stabiler, hoher Mitgliederzahlen und stabil konturierter Wählermilieus. In allen Ländern der Region unterstützen klare Bevölkerungsmehrheiten die Demokratie, auch wenn die Zustimmung zu einzelnen demokratischen Institutionen niedriger als in Westeuropa ist. Ein Konsolidierungsfortschritt ist insofern festzustellen, als die Zustimmung zur Demokratie von der wesentlich negativeren Einschätzung der herrschenden politischen Elite weitgehend entkoppelt ist.

In Lateinamerika war die Sequenz der Demokratisierung deutlich verschieden. Abgesehen von Costa Rica, das seit 1949 ununterbrochen demokratisch regiert wird, vergingen in der jüngsten Demokratiewelle etwa 20 Jahre zwischen den ersten Transitionen (Ecuador 1979, Peru 1980) und der bislang letzten (Mexiko 1997/2000). Auch das Erscheinungsbild der politischen Regime ist sehr heterogen: Haiti ist nach dem Demokratieversuch der 90er Jahre sukzessive wieder zu einem autoritären System regrediert, während Kuba bislang resistent gegenüber substantiellen demokratischen Reformen geblieben ist. Schließlich ist auch die Demokratiequalität in Lateinamerika heterogener als in Mittel- und Osteuropa: Nur die beiden kleinen Länder Costa Rica und Uruguay können als konsolidierte Demokratien angesehen werden, und immerhin kann auch Chile trotz der noch verbliebenen autoritären Enklaven seit 1990 eine kontinuierlich positive Entwicklung der Demokratie verzeichnen. Doch auch das verbleibende Universum der ‚defekten Demokratien‘<sup>2</sup> bietet im Hinblick auf Funktionsweise und Stabilität kein einheitliches Bild. Als latent oder offen instabil sind vor allem die fünf Andenländer und Zentralamerika anzusehen, und in fast alle politischen Regime haben sich Defektsyndrome eingemischt, auch wenn sie in Ausprägung und Schwere variieren.

Die Stärke dieser Demokratien liegt ohne Zweifel in der festen Etablierung freier und fairer Wahlen, die zu einer erfreulichen Routine geworden sind<sup>3</sup> - lediglich Kolumbien (Bürgerkrieg), Venezuela unter Chávez und Paraguay fallen hier aus dem Rahmen. Diese ‚Wahldemokratie‘ und die dadurch generierten politischen Herrschaftspositionen sind jedoch in den meisten Ländern nicht hinreichend in bändigende Strukturen eingebettet. Mit wenigen Ausnahmen liegen Einschränkungen der Staatlichkeit vor, die sich in der Präsenz von Guerrillas, Machtlosigkeit gegenüber Drogenmafias oder der mangelnden Beherrschung

der Kriminalität äußern. Ihren niedrigsten Wert erreichen die lateinamerikanischen Länder hingegen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit – sei es aufgrund der Aushebelung der Gewaltenteilung und damit einhergehender Hyperkorruption, die delegative Praktiken ergeben (u.a. Argentinien, Venezuela), oder sei es aufgrund der Beschädigung der bürgerlichen Freiheitsrechte, die sich in einer *low intensity citizenship* bzw. als illiberale Demokratien<sup>4</sup> äußern (Zentralamerika, Andenländer, Mexiko, Brasilien). Neben Schwächen in der Stabilität der demokratischen Institutionen sind auch die labilen Strukturen politischer und gesellschaftlicher Repräsentation hervorzuheben, die sich u.a. im Zusammenbruch von etablierten Parteiensystemen (Peru, Venezuela) oder dem ungefilterten Ausbruch sozialer Unzufriedenheit äußerten. Hohe Zustimmung der Bevölkerung zur Demokratie findet sich nur in Uruguay und Costa Rica. Positiv hebt sich auch Chile aus dem skizzierten Szenario ab, doch bestehen hier noch die Reste der autoritären Enklaven Pinochets fort.<sup>5</sup>

Im Unterschied zu Lateinamerika erlebten die meisten Länder Mittel- und Osteuropas eine simultane politische, ökonomische und nationalstaatliche Transformation. Dies lag zum einen daran, dass die staatssozialistischen Herrschaftsmodelle in der Region auf einer staatlichen Steuerung und politischen Kontrolle des Wirtschaftssystems basierten. Mit der Demokratisierung entfiel auch die Legitimitationsgrundlage der staatssozialistischen Wirtschaftsmodelle, verbunden mit der Konsequenz, dass planwirtschaftliche Koordinationsmechanismen durch Märkte und private Eigentumsbeziehungen ersetzt wurden. Zum anderen waren die alten Regime eng mit drei föderativen Staatsformen verknüpft – die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien und die Tschechoslowakische Sozialistische Föderation. Die Demokratisierung beseitigte die im politischen Herrschaftsmodell angelegten Existenzgründe dieser staatssozialistischen Föderationen und setzte staatszerstörende nationalistische Dynamiken frei.

Tabelle 1: Demokratieniveaus in Mittel-/Osteuropa und Lateinamerika<sup>6</sup>

|   |   |   |
|---|---|---|
| Konsolidierte Demokratien                               | Ungarn<br>Tschechien<br>Slowenien<br>Slowakei<br>Polen<br>Litauen | Uruguay<br>Costa Rica   |
| Demokratien im fortgeschrittenen Konsolidierungsprozess | Estland<br>Lettland<br>Kroatien<br>Rumänien<br>Bulgarien          | Chile<br>Jamaika  |
| Demokratien mit ausgeprägten Defekten                   | Jugoslawien<br>EJR Makedonien<br>Albanien                         | Brasilien<br>Dominikanische Rep.<br>Peru<br>Bolivien<br>El Salvador<br>Argentinien<br>Mexiko<br>Honduras<br>Ecuador |
| Instabile defekte Demokratien                           | Bosnien-Herzegowina   | Nicaragua<br>Guatemala<br>Paraguay<br>Venezuela<br>Kolumbien  |
| Autoritäre Regime                                       |   | Haiti<br>Cuba   |

Wie Tabelle 1 zeigt, haben die 15 MOE-Länder im Durchschnitt ein deutlich höheres Demokratie- und Konsolidierungsniveau als die 20 Länder Lateinamerikas erreicht. Die Spitzengruppe bilden acht Länder, die als konsolidierte Demokratien gelten können, davon nur zwei aus Lateinamerika (Costa Rica, Uruguay). Ihnen folgt eine Ländergruppe, die im Konsolidierungsprozess weit fortgeschritten ist und insbesondere bei der Stabilität der demokratischen Institutionen hohe Werte erreicht – auch hier sind die Länder Mittel- und Osteuropas in der Übermacht. Das Gros der Länder Lateinamerikas sowie Jugoslawien, Makedonien und Albanien sind durch ein mittleres Demokratieniveau gekennzeichnet, was bedeutet, dass die grundlegenden demokratischen Institutionen zwar funktionieren, aber in größerem oder kleinerem Ausmaß Mängel aufweisen. Während Staatlichkeitsdefizite in diesen MOE-Ländern typischerweise aus ungelösten ethno-politischen Problemen und Konflikten resultieren, bestehen in den lateinamerikanischen Ländern häufiger Probleme mit der Ausdehnung des staatlichen Gewaltmonopols und der Rechtsstaatlichkeit. Diese und weitere Defekte kennzeichnen auch die Gruppe der schwächsten Demokratien, die zudem von erhöhter Instabilität geprägt sind. Zu ihnen zählt in Osteuropa nur Bosnien-Herzegowina, in Lateinamerika aber immerhin fünf Länder.

Der Blick auf die Unterkategorien der Demokratiequalität zeigt, dass die größten Unterschiede zwischen den beiden Regionen zum einen in der Rechtsstaatlichkeit bestehen, die in Lateinamerika der Entwicklung des Wahlwettbewerbs deutlich hinterher hinkt. Zum anderen gibt es aber noch größere Unterschiede in jenen Kriterien, die das Konsolidierungsniveau von Demokratien anzeigen. Sowohl im Hinblick auf die Stabilität der demokratischen Institutionen als auch politische und gesellschaftliche Integration betreffend klafft zwischen beiden Regionen die größte Lücke: Nur drei Länder Lateinamerikas erreichen hier das durchschnittliche Niveau Mittel- und Osteuropas.

## **2. Schlüsselfaktoren der Demokratisierung**

Was erklärt den Erfolg der Demokratisierung in Mittel- und Osteuropa? Erstens besaßen die relevanten politischen Akteure keine glaubwürdigen Alternativen zur liberalen Demokratie. Die alten staatssozialistischen Systeme hatten ihre sozioökonomische Legitimationskraft seit den siebziger Jahren verloren und ihr politisch-ideologisches Legitimationsgerüst hatte jede Glaubwürdigkeit eingebüsst. Materieller Wohlstand verband sich in Westeuropa mit dem Systemtyp der Demokratie, während die im GUS-Raum entstehenden semi-autoritären Systeme mit der eigenen autoritären Vergangenheit unter sowjetischer Hegemonie identifiziert wurden und somit keine überzeugende Alternative darstellten.

Zweitens hatten die staatssozialistischen Systeme eine relativ egalitäre Sozialstruktur im Hinblick auf Einkommen, Vermögen, Bildung, Erwerbs- und Familienmodelle geschaffen, die es den MOE-Ländern ermöglichte, die sozialen Kosten der ökonomischen Transformation (Arbeitslosigkeit und Armut) relativ konfliktfrei zu absorbieren und die Modernisierungsgewinne relativ schnell einer relativ breiten Bevölkerungsgruppe zugänglich zu machen.

Drittens wurde der Systemwechsel vor allem in den ostmitteleuropäischen Ländern von einer vergleichsweise starken Zivilgesellschaft getragen, die die Entwicklung verantwortlicher politischer Eliten förderte und in der Folge auch autoritäre Praktiken der neuen Herrschaftsträger der öffentlichen Kritik aussetzte. Die ostmitteleuropäischen Länder konnten sich dabei auf zivilkulturelle Erbschaften aus der kommunistischen und vorkommunistischen Zeit stützen.

Viertens führten die ersten demokratischen Wahlen in den ostmitteleuropäischen und den baltischen Ländern zur Absetzung der alten kommunistischen Führungsgruppen, die sich entweder aus dem politischen Leben zurückzogen oder ihre politischen Machtpositionen in ökonomische Führungspositionen konvertierten oder sich auf eine „sozialdemokratische“ Oppositionsrolle beschränkten. In den südosteuropäischen Ländern konnten sich die alten Eliten in den ersten demokratischen Wahlen behaupten, was die

ökonomische Transformation und die demokratische Konsolidierung um mehrere Jahre verzögerte.

Fünftens trafen die Runden Tische und verfassungsgebenden Gremien zu Beginn der neunziger Jahre insgesamt die richtigen institutionellen Weichenstellungen, die zur Stabilisierung der Demokratie beitrugen. Sie entschieden sich gegen ein präsidentielles Regierungssystem sowie gegen mehrheitsdemokratische Prinzipien und optierten überwiegend für die parlamentarische Demokratie, basierend auf einem Verhältniswahlrecht mit Sicherungen gegen eine übermäßige Zersplitterung des Parlaments. Polen und Kroatien reduzierten nachträglich die Machtfülle des Präsidenten innerhalb ihrer parlamentarisch-präsidentiellen Systeme. Semipräsidentielle Systeme bewährten sich in den MOE-Ländern nicht, da sie die Konsolidierung eines programmatischen, moderat polarisierten und fragmentierten Parteiensystems behinderten und zusätzliche Möglichkeiten für populistische und ethnonationalistische Mobilisierung boten.

Sechstens stellte die ethnische Homogenität der Gesellschaft einen Schlüsselfaktor für eine erfolgreiche Demokratisierung dar. Ein Konsens über ethnische Zugehörigkeit und nationalstaatliche Integration erleichterte die Transformation wesentlich, ethnische Heterogenität schuf dagegen Anreize für „Unternehmer“, die ethnische Konfliktlinien aktivierten und ihre eigenen Nationalstaatsprojekte verwirklichten.

Siebtens übernahmen die westeuropäischen Länder und die Europäische Union eine wichtige Ankerfunktion für die Demokratisierungsprozesse in den MOE-Ländern. Die Perspektive des EU-Beitritts vermittelte den politischen Eliten und den Bürgern ein allgemeines Leitbild für die Reformen, und der Austausch mit Westeuropa stieß vielfältige Lernprozesse in der Region an, die folgenreicher waren als die beschränkte finanzielle Hilfe des Westens.

Dieses stabilisierende Gravitationsfeld mit einem benevolenten Supervisor fehlte den Ländern südlich des Rio Grande, auch wenn die Außenpolitik der USA entschiedener pro-demokratisch wurde. Die anderen Schlüsselfaktoren besitzen jedoch auch für die Demokratisierung in Lateinamerika Gültigkeit, wie die bis dato erfolgreichen Demokratisierungsprozesse – Costa Rica seit 1949 und Uruguay seit 1984 – zeigen. Allerdings mussten hierfür mehrere begünstigende Faktoren zusammenspielen. Zu ihnen zählt erstens die demokratische Vorerfahrung, die vor allem in Uruguay und Costa Rica, teilweise aber auch in Chile und – mit Abstrichen – in Argentinien das Entstehen bzw. Weiterbestehen einer demokratischen politischen Kultur förderten. Eng damit verknüpft ist zweitens, dass Uruguay und Costa Rica nicht nur über ein relativ günstiges Entwicklungsniveau, sondern auch über ein für Lateinamerika geringes Maß gesellschaftlicher Ungleichheit besaßen und besitzen. Dieses hohe Maß an sozialer Homogenität und Integration wurde durch tragfähige Wohlfahrtsarrangements stabilisiert. Es sorgte für eine günstige Verteilung der gesellschaftlichen Machtressourcen und für ein geringeres Ausmaß an sozialen und politischen Konflikten. Dies begünstigte

das Entstehen einer starken Zivilgesellschaft, stärkte die politische Kultur und war begleitet von der Herausbildung relativ stabiler Parteiensysteme. Schließlich verfügten beide Länder über eine relativ gefestigte Tradition von Staatlichkeit und Rechtsstaat, was durch die Abwesenheit ethnischer Konfliktlagen sicherlich begünstigt wurde.

Einige, aber eben nicht alle dieser Faktoren gelten auch für Chile, das die besten Aussichten hat, zu den beiden konsolidierten Demokratien aufzuschließen. So wurde hier nach 1973 die Entfaltung einer sozial ausgeglicheneren Gesellschaftsentwicklung gestoppt, die starken wohlfahrtsstaatlichen Institutionen wurden abgebaut und der Weg bereitet für eine der ungleichsten Einkommensverteilungen in Lateinamerika.<sup>7</sup> Dass dies bislang die positive Demokratieentwicklung seit 1990 nicht beeinträchtigt hat, liegt vor allem an zwei Faktoren: zum einen an der gefestigten und weiter ausgebauten Rechtsstaatlichkeit, und zum anderen an den Politiken zum sozialen Ausgleich, die die Ungleichheit abzufedern versuchen. Beide Faktoren haben illiberale Tendenzen in Chile bislang verhindert, und beide stehen in engem Zusammenhang mit dem guten Management der demokratischen Regierungen. Gestützt wurde dies durch die Kompromissfähigkeit der zentralen politischen Akteure, die im langen Schatten des Systemkollapses von 1973 gewachsen ist. Die Entwicklung in Argentinien zeigt hingegen, dass schlechtes Management die vorhandenen positiven Faktoren unwirksam machen kann, vor allem wenn es mit Defiziten an Staatlichkeit und Rechtsstaat verknüpft ist.

Die Validität dieser positiven Faktoren zeigt sich fast noch deutlicher am Kehr Bild der stagnierenden Demokratieprozesse im Rest des Kontinents. Sie kombinieren allesamt starke Defizite an Staatlichkeit und rechtsstaatlicher Tradition, an wirtschaftlicher Entwicklungsdynamik, zivilgesellschaftlicher Organisation und gefestigter politischer Repräsentationsmuster. Vor allem aber unterliegt ihnen ein hohes bis extremes Maß an sozialer Ungleichheit, das sich negativ auf Qualität und Stabilität der Demokratie auswirkt.<sup>8</sup> Die Mehrheit dieser Länder sind 'blockierte', strukturkonservative und segmentierte Klassengesellschaften, in denen formale und informelle Arrangements genutzt werden, um politische und gesellschaftliche Machtbeziehungen zu konservieren und die hierfür notwendigen politischen Verfügungsrechte möglichst unangetastet zu lassen. Am deutlichsten zeigt sich dies in Kolumbien und Venezuela, die lange Zeit als Demokratien galten, im Kern aber von exklusiven Verteilungskonkordien regiert wurden. Sie besaßen wenig Interesse, die Demokratisierungsfälle einer halbierten Volkssouveränität zu beseitigen. Die Gegenkräfte wiederum, die das 'Versprechen' einer Komplettierung der Demokratie in Anspruch nehmen, sind im allgemeinen zu schwach, und zwar auch und gerade aufgrund einer starken Entfaltung der Wahldemokratie. Auch im Peru der 80er Jahre zeigten insbesondere die weißen Ober- und Mittelschichten Limas, die über das alte Parteiensystem auch die nationale Politik dominierten, wenig Interesse an grundlegenden Veränderungen noch nahmen sie gar die Welt des 'profunden' Peru richtig zur Kenntnis – bis zur ‚Revolution per Stimmzettel‘ 1990.

### 3. Fazit

Mittel- und Osteuropa stellt eine Weltregion dar, in der mehrere begünstigende Faktoren eine Bewältigung der komplexen und simultanen Transformationsprozesse ermöglichten – Faktoren wie die Delegitimierung nicht-demokratischer Alternativen, die sozialstrukturellen Erbschaften des Staatssozialismus, und die Ankerfunktion der EU, mit denen für Demokratisierungsprozesse in anderen Weltregionen nicht zu rechnen ist. Eine zentrale Lehre aus den mittel- und osteuropäischen Transformationsprozessen besteht darin, Strategien zu entwickeln, um eine Politisierung und Polarisierung ethnischer Differenzen zu verhindern bzw. zu kanalisieren. Wenn ethnopolitische Konflikte aufbrechen, können sie die politische und ökonomische Transformation blockieren und Gesellschaften zerstören. In Mittel- und Osteuropa war die Existenz ethnopolitische Konflikte der entscheidende Faktor für Scheitern bzw. Erfolg der Demokratisierung. Zur Einhegung ethnopolitischer Konflikte reicht das herkömmliche Instrumentarium internationalen Konfliktmanagements nicht aus; vielmehr sollte ein umfassender Ansatz entwickelt werden, der vom Verfassungsdesign über die internationale Demokratisierungshilfe bis zur Wirtschaftskooperation darauf ausgerichtet und abgestimmt ist, Anreize und Gelegenheitsstrukturen für ethnienübergreifende Integration sowie inter-ethnische Konsensbildung aufzubauen.<sup>9</sup>

Die zentrale Lehre aus den lateinamerikanischen Transformationsprozessen mit ihrer halbierten Volkssouveränität besteht darin, die gesamtsystemische Qualität der Demokratisierung stärker zu berücksichtigen. Notwendig ist zum einen die Einbettung der ‚Wahldemokratie‘ in funktionsfähige institutionelle und konstitutionelle Arrangements. Zum andern ist für eine nachhaltige Demokratisierung aber auch die Einbettung in kompatible soziale, kulturelle und ökonomische Strukturen von Bedeutung, wobei vor allem das Durchbrechen krasser sozialer Ungleichheit einen Dreh- und Angelpunkt darstellt. Nur so können auch die notwendigen Synergieeffekte für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung erzeugt werden. Wird dies allerdings nicht berücksichtigt, sind Entwicklungsblockaden und Instabilität vorgezeichnet wie in den Andenländern und Zentralamerika. Jedenfalls reichen die Wurzeln der demokratischen Schwierigkeiten tiefer in sozioökonomische Strukturdefizite hinein, als viele, v.a. auch externe Akteure wahrhaben wollen. Je größer diese Defizite sind, umso höher entwickelt muss auch das Transformationsmanagement sein, doch auch hierfür gibt es auf der Welt Beispiele (Mali, Botswana).

Ein einfaches Rezept für erfolgreiche Demokratisierung existiert somit nicht, denn zu unterschiedlich ist das Zusammenspiel vorhandener Strukturen, involvierter Akteurkonstellationen und geeigneter Institutionen. Wie auch immer aber der auslösende Impuls einer Transition gesetzt wird – durch Evolution, Verhandlung, Kollaps oder Invasion: Die Qualität des Transformationsmanagements durch die politischen Eliten macht bei ansonsten gleicher Ausstattung den entscheidenden Unterschied für den weiteren Erfolg oder Misserfolg der Demokratie. Die internationale Gemeinschaft sollte sich



deshalb in Zukunft nicht scheuen, ein gutes Transitionsmanagement üppig zu honorieren.

---

*Eine leicht bearbeitete Version dieses Beitrages ist erschienen in der Zeitschrift „Internationale Politik“ 8/2003.*

- <sup>1</sup> Vgl. Elster, Jon/Offe, Claus/Preuss, Ulrich K. 1998: Institutional Design in Post-communist Societies. Rebuilding the Ship at Sea, Cambridge/New York/Oakleigh.
- <sup>2</sup> Zu Begriff, Theorie und Analyse defekter Demokratien vgl. Wolfgang Merkel/Hans-Jürgen Puhle et al.: Defekte Demokratien, 2 Bde., Opladen 2003 (i.E.).
- <sup>3</sup> Vgl. Michael Krennerich: Wahlen in Lateinamerika – eine demokratische Routine, Brennpunkt Lateinamerika 18/1999, Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg .
- <sup>4</sup> Zur delegativen bzw. illiberalen Demokratie vgl. Merkel/Puhle et al., a.a.O. (Anm. 1)., Bd. 1, S. 65ff.
- <sup>5</sup> Vgl. Peter Thiery, Transformation in Chile, Frankfurt 2000.
- <sup>6</sup> Die Tabelle basiert – wie auch die folgenden Vergleiche – auf den vorläufigen Ergebnissen des Bertelsmann Transformation Index 2003, der von der Bertelsmann-Stiftung und dem Centrum für angewandte Politikforschung erarbeitet wird und Ende des Jahres erscheint.
- <sup>7</sup> Gemessen am Gini-Index liegen vor Chile nur noch Brasilien, Nicaragua und Honduras, außerhalb Lateinamerikas weisen nur sechs afrikanische Länder – darunter Südafrika und Namibia – eine größere Ungleichheit auf; die Diskrepanz zu den Ländern Mittel- und Osteuropas ist mehr als augenfällig (vgl. UNDP, Human Development Report 2003, S. 282ff.).
- <sup>8</sup> Vgl. Terry Karl, The vicious circle of inequality in Latin America, Working Paper 2000/177, Instituto Juan March, Madrid 2002.
- <sup>9</sup> Vgl. Martin Brusis/Josef Janning, „Verhinderte Nationen“. Über den Umgang mit ethnischen Minderheiten, in: Internationale Politik 9/1999, S. 1-6.